

KLUB REPORT

Österreichische Post AG · SP 05Z036406 S · 1010 Wien
Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Verlags- und Herstellungsort: Wien | Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S

AUSGABE 01/2025



SPÖ und Fairness? Die Wiener wissen es besser

Die Wiener SPÖ hat sich mit ihrer Politik längst von jedem Fairness-Gedanken verabschiedet. Besonders deutlich wurde das, als SPÖ-Landtagspräsident Ernst Woller beim Neujahrsempfang der chinesischen Botschaft vor hochrangigen Diplomaten von einem „wahnsinnigen Österreich“ sprach und eine regelrechte Hassrede gegen den möglichen künftigen Bundeskanzler Herbert Kickl hielt.

Gleichzeitig kündigt die rot-pinke Stadtregierung ein Fairnessab-

kommen an – ein Begriff, der unter diesen Umständen zur Farce verkommt.

Bürgermeister Ludwig steht dabei exemplarisch für die Doppelmoral der Wiener SPÖ. Noch einen Tag vor der überraschenden Vorverlegung der Wien-Wahl betonte er, dass die rot-pinke Koalition hervorragend funktioniere und bis zum Ende der Legislaturperiode weiterarbeiten werde. Doch während sich Ludwig als stabiler Bürgermeister inszeniert, verschleiert er die finanzielle

Realität der Stadt: Der Rechnungsabschluss mit Milliarden-Schulden wird absichtlich erst nach der Wahl präsentiert, um die drohende Pleite Wiens zu vertuschen. Das ist bewusste Wählertäuschung in Reinform.

Auch in der Sozialpolitik hat die SPÖ ein ungerechtes System geschaffen, das arbeitende Wiener benachteiligt. Während nicht-österreichische Staatsbürger enorme finanzielle Zuwendungen erhalten, ohne eine Gegenleistung für die

Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 www.fpoe-wien.at



StR Dominik Nepp
FPÖ Landesparteiobmann

Wiens Schuldenberg wächst weiter – und die SPÖ jubelt

Der Jubel über die geringere Neuverschuldung Wiens im vergangenen Jahr ist nicht nur unangebracht, sondern verstörend. Fakt ist: Der Schuldenberg wächst weiter, während ein klares Sanierungskonzept fehlt. Statt Schulden abzubauen und Rücklagen zu schaffen, treibt die Stadtregierung die Finanzmisere weiter voran.

Wien hat kein Einnahmenproblem – die Wiener werden ohnehin erbarmungslos geschröpft. Das eigentliche Problem liegt in den horrenden Ausgaben und fehlender Effizienz in der Verwaltung. Ein erster Schritt wäre, endlich Einsparungen vorzunehmen und den aufgeblähten Apparat zu straffen.

Bereits im Sommer 2024 wurde ein Sanierungsplan gefordert, doch statt einer Budgetkonsolidierung kam die nächste Hiobsbotschaft: Das prognostizierte Defizit von 2,2 Milliarden Euro ist auf 3,8 Milliarden explodiert. Die Stadtregierung manövriert Wien sehenden Auges in die finanzielle Katastrophe.

Gesellschaft zu erbringen, müssen jene, die tagtäglich arbeiten und Steuern zahlen, zusehen, wie ihre Abgaben ineffizient verteilt werden. Diese Ungerechtigkeit betrifft auch jene, die durch wirtschaftliche Krisen unverschuldet in Not geraten sind, ebenso wie Pensionisten, die ihr Leben lang zur Stadt beigetragen haben und nun mit Almosen abgespeist werden.

Die Wiener Bevölkerung hat diese Entwicklungen längst durchschaut. Die aktuellen Umfragen sprechen

eine deutliche Sprache: Die FPÖ hat sich in Wien von sieben Prozent vor fünf Jahren auf nunmehr 23 Prozent gesteigert. Ein klares Signal dafür, dass die Wähler mit der Politik der Ludwig-Babler-SPÖ zunehmend unzufrieden sind. Die Stimmung in der Stadt ist geprägt von Frustration über eine Regierung, die ihre eigenen Interessen über jene der Bevölkerung stellt. Die Menschen in Wien wollen eine echte Kehrtwende und die FPÖ ist die einzige Partei, die diese glaubhaft verspricht.



Stadtrechnungshof deckt Missstände in Wiens Sozialpolitik auf

Der Bericht des Stadtrechnungshofes Wien zur Flüchtlings- und Wohnungslosenhilfe des Fonds Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser (KWP) offenbart gravierende Missstände im Umgang mit Steuergeldern. Während die Stadtregierung ihre Sozialpolitik lobt, zeigt die Realität Ineffizienz, Missmanagement und massive Belastungen für die Steuerzahler.

Besonders brisant: Während in Wien über 60.000 Pensionisten ar-

mutsgefährdet sind, fließen Millionenbeträge in die Versorgung von Menschen, die bisher keinen Beitrag zum Sozialsystem geleistet haben. Die Kosten für die Flüchtlingshilfe stiegen in nur zwei Jahren um 483 Prozent – während die Wiener Bevölkerung mit Rekord-Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten kämpft. Statt immer neue Belastungen zu schaffen, muss die Stadtpolitik endlich Fleiß, Integrationswillen und wirtschaftlichen Ehrgeiz fördern.



Lange Wartezeiten in Wiener Spitälern alarmieren

Die Wartezeiten auf Operationstermine in Wiener Spitälern haben ein kritisches Ausmaß erreicht.

Patienten warten bis zu acht Monate auf Bandscheibenoperationen und über ein Jahr auf Hüft- oder Kniegelenkersatz – eine enorme Belastung für Menschen mit starken Schmerzen. Gleichzeitig steht

das medizinische Personal unter massivem Druck. Ohne gezielte Investitionen und bessere Arbeitsbedingungen droht die Situation weiter zu eskalieren.

Die Zustände sind ein klares Zeichen für das Missmanagement der Stadtregierung. Ein umfassender Notfallplan ist dringend nötig.

Millionen für fragwürdige Kulturprojekte

Wiens Kulturförderung verschlingt enorme Summen – oft für fragwürdige Projekte.

Allein für die Wiener Festwochen

fließen 27 Millionen Euro, um politische Narrative zu inszenieren.

Millionenbeträge gehen an die Stadt Wien Kunst GmbH, die ideologische Diskurse vorgibt. Die Klimabiennale erhält 1,5 Millionen Euro für Kapitalismus- und Patriarkatskritik.

Auch der queeren Szene werden jährlich 800.000 Euro zugesprochen. Die FPÖ fordert eine umfassende Prüfung, um hunderte Millionen einzusparen.



Frühsexualisierung in Kindergärten: Ein Skandal ohne Konsequenzen?

Es ist ein Skandal, dass Kleinkinder in Wiener Kindergärten mit verstörender Transgender-Propaganda konfrontiert werden – unterstützt vom ORF. Die Frühsexualisierung von Kleinkindern ist ein Angriff auf elterliche Rechte und den Schutz der Kinder. Besonders empörend: Eltern, die sich beschweren, riskieren den Ausschluss ihrer Kinder.

Bezeichnend ist die Rolle der ÖVP: Der KIWI-Kindergarten wird von Ex-ÖVP-Chefin Christine Marek geleitet, was die Glaubwürdigkeit der Partei im Kampf gegen den Transgender-Wahnsinn infrage stellt. Wir fordern, dem Kindergartenbetreiber KIWI sämtliche Förderungen zu entziehen.

Maximilian Krauss
FPÖ Klubobmann



EU-Zensur durch den Digital Services Act?

Der Digital Services Act (DSA) der EU greift tief in die Meinungsfreiheit und digitale Souveränität ein. Plattformbetreiber werden verpflichtet, Inhalte zu entfernen, die als „problematisch“ gelten – oft ohne klare Kriterien und unter politischem Einfluss. Private Unternehmen übernehmen damit die Rolle einer Zensurbehörde und entscheiden ohne gerichtliche

Prüfung über die Rechtmäßigkeit von Beiträgen.

Offiziell soll der DSA illegale Inhalte bekämpfen, doch in der Praxis dient er häufig der Unterdrückung unliebsamer Meinungen und regierungskritischer Stimmen. Dies untergräbt

die Grundrechte der Bürger und steht im Widerspruch zu einer freien, demokratischen Gesellschaft. Die Wiener FPÖ hat mittels Antrags verlangt, dass sich der Gemeinderat dagegen ausspricht.



Frühzeitige Sprachförderung als Schlüssel zur Chancengleichheit

In Wien fehlt eine konsequente Strategie zur frühzeitigen Sprachförderung. Die FPÖ fordert daher eine verpflichtende Sprachstandsfeststellung für alle Dreijährigen, um sicherzustellen, dass Kinder rechtzeitig Deutsch lernen.

Ohne ausreichende Sprachkenntnisse haben sie in der Schule massive Nachteile, da eine gemeinsame Sprache essenziell ist, um Lernfortschritte zu erzielen und aktiv am Unterricht teilzunehmen.

Die Wiener FPÖ hat im Gemeinderat mehr-

fach entsprechende Anträge eingebracht, um eine verpflichtende Sprachförderung vor Schuleintritt sicherzustellen.

Doch die rot-pinke Stadtregierung hat diese Initiativen abgelehnt. Besonders kritisch sieht FPÖ-Bildungssprecher Maximilian Krauss, dass NEOS-Stadtrat Wiederkehr erst kurz vor der Wahl Ankündigungen im Bildungsbereich macht, anstatt längst notwendige Maßnahmen umzusetzen.

Das zeigt, dass es keinen echten Reformwillen gibt, sondern reine Wahlkampfpolitik betrieben wird.

